

Zahlreiche Engagierte aus Niedersachsen beteiligen sich an Kundgebung in Berlin

# Inflationsausgleich für Rentner\*innen

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis hat der SoVD in Niedersachsen an einer Kundgebung in Berlin mitgewirkt und deutlich gemacht, dass Rentner\*innen – ebenso wie Pensionierte – einen Inflationsausgleich erhalten müssen (Details auf Seite 5). Zahlreiche SoVD-Mitglieder und Ehrenamtliche aus den Kreisverbänden Braunschweig, Hannover und dem Heidekreis sowie Vertreter\*innen der niedersächsischen Verbandsleitung nahmen an der Protestaktion vor dem Brandenburger Tor teil und unterstützten das wichtige Anliegen. „Wir geben nicht auf und setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Rentner\*innen beim Thema Inflationsausgleich nicht vergessen werden“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. „Mit verschiedenen Partner\*innen haben wir deshalb im Sommer mehr als 200.000 Unterschriften gegen diese Ungerechtigkeit gesammelt und sie unserem Ministerpräsidenten übergeben. Außerdem hat der SoVD eine entsprechende Petition im Bundestag eingereicht“, erläutert Swinke.



Foto: Dirk Swinke

Engagierte aus dem Heidekreis und dem Emsland, darunter Bernhard Sackarendt, SoVD-Verbandsratsvorsitzender in Niedersachsen (Mitte)



Foto: Thorsten Böttcher

Frühmorgens machten sich ehrenamtlich Engagierte und Mitglieder aus dem SoVD-Kreisverband Braunschweig auf den Weg nach Berlin.



Foto: Dirk Battke

Einige der SoVD-Mitglieder, die aus Hannover angereist waren; Ehrenamtliche aus dem Ortsverband Hannover-Süd und dem Kreisverband Hannover-Stadt hatten die Fahrt gemeinsam organisiert.



Foto: Laurin Schmid

Eines der vielen Demo-Schilder der SoVD-Teilnehmenden



Foto: Laurin Schmid

Mehr als 1.000 Menschen beteiligten sich Anfang November an der Kundgebung in Berlin.



Foto: Dirk Battke

Ingrid Beyer vom SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier (re.) auf der Bühne

Rund 2.400 Befragte antworten zu finanziellen Aspekten

## Ergebnisse der SoVD-Umfrage

Eine Umfrage des SoVD in Niedersachsen zeigt: Viele Befragte machen sich mehr finanzielle Sorgen als noch vor einigen Jahren, müssen ihren Konsum einschränken und haben nicht ausreichend Geld, um privat vorzusorgen. Der SoVD sieht mit den Ergebnissen die derzeitigen Entwicklungen und Probleme bestätigt und fordert von der Politik ein schnelles Eingreifen, damit sich die soziale Ungerechtigkeit nicht weiter verschärft.

Immer mehr Menschen sind aufgrund ihrer finanziellen Situation beunruhigt. Das bestätigt auch eine SoVD-Umfrage. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, sich um das Thema Geld mehr Sorgen zu machen als noch vor ein paar Jahren, mehr als die Hälfte gibt bewusst weniger Geld aus. 67 Prozent haben nicht die Ressourcen, um privat vorzusorgen, damit sie im Alter gut versorgt sind.

„Das sind erschreckende Zahlen, allerdings bestätigen sie den derzeitigen Trend. Die Menschen in Niedersachsen sind angesichts der hohen Preise und der wirtschaftlichen Situation verunsichert“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass über 80 Prozent der Befragten der Meinung sind, der Wohl-

stand in Deutschland sei ungleich verteilt.

Im Hinblick auf diese Zahlen weist der SoVD darauf hin, dass soziale Ungerechtigkeit und Verunsicherungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf Dauer auch die Demokratie gefährden. „Deshalb ist es an der Zeit, dass die Politik endlich etwas tut – und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene“ fordert Swinke. Zu den wichtigsten Forderungen gehören laut Swinke eine Steigerung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, bezahlbare Mieten, ein 29-Euro-Ticket für Bus und Bahn sowie Preisbremsen für Strom und Gas.

Der SoVD hat die nicht-repräsentative Befragung im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ an zahlreichen Standorten in Niedersachsen – darunter Celle, Diepholz,

Göttingen, das Emsland und Cuxhaven – durchgeführt. Insgesamt haben etwa 2.400 Menschen daran teilgenommen.



Foto: Carsten Schlotmann

Zahlreiche Ehrenamtliche haben die Umfrage in ganz Niedersachsen durchgeführt.

SoVD sieht vor allem Arbeitgeber\*innen in der Pflicht

### Psychische Erkrankungen in der Pflege

Laut einer DAK-Studie liegt Niedersachsen bei Krankenschreibungen über dem Bundesdurchschnitt. Psychische Erkrankungen sind die dritthäufigste Ursache für berufliche Fehltag und der Hauptgrund, warum Menschen eine Erwerbsminderungsrente beziehen. „Das können wir aus unserem Beratungsalltag bestätigen. Immer mehr Betroffene kommen zu uns, weil sie aufgrund ihrer psychischen Probleme dauerhaft nicht mehr arbeiten können“, berichtet Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Besonders groß sei die Belastung in der Pflegebranche. „Natürlich wird in den Pflegeberufen sehr viel mehr Personal benötigt. Es gibt aber auch noch weitere Stellschrauben, an denen gedreht werden kann“, so Swinke. Besonders wichtig seien etwa flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit für die Mitarbeitenden, in verschiedenen Teilzeitmodel-

len tätig zu sein. „Das kann für die Beschäftigten eine enorme Entlastung sein und macht den Alltag für sie oft einfacher“, ist sich der Vorstandsvorsitzende sicher. Auch gesundheitliche Prävention sei von großer Bedeutung: „Wir dürfen nicht warten, bis die Pflegefachkräfte so überlastet sind, dass nur noch die Krankenschreibung bleibt. Vielmehr gilt es, sie frühzeitig durch gezielte Maßnahmen wie Gesundheitsberatung oder Stressmanagement zu unterstützen.“

In erster Linie sieht Niedersachsens größter Sozialverband dabei die Arbeitgeber\*innen in der Pflicht. „Sicherlich benötigen wir auch dringend politische Änderungen im Pflegebereich. Wertschätzung, Gesundheitsschutz und bessere Arbeitsbedingungen sind aber mindestens genauso wichtig, um psychische Erkrankungen in der Belegschaft zu vermeiden“, so der niedersächsische SoVD-Chef.